

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des  
Ausschusses für Europa und Eine Welt  
Patrick Kunz, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/3571**  
VORLAGE

**DIE MINISTERIN**

Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
Postfach 31 70  
55021 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
poststelle@mffki.rlp.de  
[www.mffki.rlp.de](http://www.mffki.rlp.de)

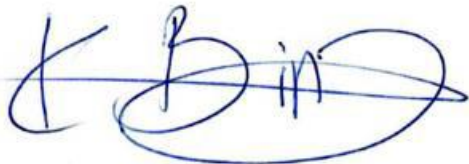
<b>Mein Aktenzeichen</b>	<b>Ihr Schreiben vom</b>	<b>Ansprechpartner/-in / E-Mail</b>	<b>Telefon</b>
		Laura Martin Martorell/ lauramartinmartorell@mffki.rlp.de	06131 16-5186

**Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 9.3.2023**  
**TOP 9 „EU-Gipfel zu Migration am 9./10. Februar 2023“, Antrag der Fraktion der**  
**AfD, Vorlage 18/3394**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt wurde zugesagt, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zu TOP 9 zukommen zu lassen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen den beigefügten Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen,



Katharina Binz

Anlage

Anlage

## **Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 9. März 2023**

**TOP 9: Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT  
Vorlage 18/3394  
„EU-Gipfel zu Migration am 9./10. Februar 2023“**

### **SPRECHVERMERK**

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,**

**sehr geehrte Abgeordnete,**

bei der Sitzung des Europäischen Rates am 9. und 10. Februar 2023 haben sich die Staats- und Regierungschefs unter anderem mit der europäischen Migrationspolitik befasst. Dabei hat der Europäische Rat eine Zwischenbilanz der Arbeit am EU-Migrations- und Asylpaket gezogen.

Auf dieser Basis hat der Rat in seinen Schlussfolgerungen die gesetzgebenden Organe der EU aufgefordert, die Arbeit am Migrations- und Asylpaket sowie am überarbeiteten Schengener Grenzkodex und an der Rückführungsrichtlinie weiter fortzusetzen.

Der Europäische Rat hat die Kommission außerdem aufgefordert, die bestehenden Aktionspläne für die Westbalkanroute und die zentrale Mittelmeerroute umzusetzen. Die Kommission soll darüber hinaus weitere Aktionspläne für die Atlantik-, die westliche und die östliche Mittelmeerroute vorlegen, damit der Druck auf die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten an den Außengrenzen verringert werden kann. Zudem soll die Zusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Herkunfts- und Transitländern intensiviert werden. Des Weiteren möchte der Rat, dass das Einreise-/Ausreisesystem und das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem so bald wie möglich einsatzbereit wird.

Im Bereich Rückkehr hat der Rat seine Bemühungen um eine Stärkung der Rückkehr- und Rückübernahmepolitik der EU sowie den integrierten Ansatz für die Wiedereingliederung im Herkunftsland betont.

In den Schlussfolgerungen hat der Europäische Rat auch die Zusage bekräftigt, eine höhere Unterstützung für ukrainische Vertriebene – sowohl in der Ukraine als auch in der Europäischen Union – zu leisten, auch durch einen angemessenen und flexiblen finanziellen Beistand für die Mitgliedstaaten, die derzeit den größten Anteil der Kosten für die medizinische Versorgung, die Bildung und den Lebensunterhalt der Flüchtlinge tragen.

Wir erhoffen uns hier auch Unterstützung für unsere rheinland-pfälzischen Kommunen, die – wie Sie alle wissen – eine große Anzahl Geflüchteter aus der Ukraine aufgenommen haben.

Zu den Auswirkungen der Gipfelbeschlüsse auf Rheinland-Pfalz lässt sich zusammenfassend sagen, dass eine eventuelle Verringerung der Asylzuwanderung nicht seriös zu prognostizieren ist. Im Wesentlichen hängt diese von individuellen Verfolgungsgründen ab. Im Übrigen stellt es eine völker-, europa- und grundrechtliche Pflicht des Staates dar, dass Schutzsuchende in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen und ihre Schutzgesuche hier geprüft werden.

Zur Frage 2 nach den Auswirkungen auf die Anzahl der Abschiebungen möchte ich vorausschicken, dass sich die Rückführung von ausreisepflichtigen Personen primär nach dem Aufenthaltsgesetz richtet und eine Entscheidung im Einzelfall ist. Eine Prognose, die sich auf eine bestimmte Zahl künftiger Rückführungen beziehen, ist nicht möglich.

Auf dem EU-Gipfel hat man sich darauf geeinigt, dass die Ablehnung eines Asylantrags in einem Land auch in allen anderen Mitgliedsstaaten anerkannt wird. Es ist nicht

ausgeschlossen, dass dies zu einer Erhöhung der Anzahl der Rückführungen ausreisepflichtiger Personen in Rheinland-Pfalz führen könnte.

Eine konkrete Einschätzung über die künftige Entwicklung ist aber auch hier nicht möglich, da es den Ausländerbehörden obliegt, im Einzelfall zu prüfen, ob es Rückführungshindernisse gibt. Ist dies nicht der Fall, wird ein Termin zur Rückführung festgesetzt. In RLP unterstützt die Zentralstelle für Rückführungsfragen (ZRF) die Ausländerbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben der Rückführung, z.B. bei Fragen der Passbeschaffung und Identitätsklärung. Die ZRF ist zudem intensiv in das Netzwerk rückführungsbezogener Einrichtungen von Bund und Land einbezogen.

Nach wie vor setzt RLP primär auf die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht durch die Ausreisepflichtigen, dies hat sich in der Vergangenheit sehr gut bewährt. Die Landesregierung begrüßt daher die Aktivitäten der EU, die auf die Schaffung von Perspektiven in den Herkunftsländern abzielen. Bereits jetzt unterstützt die EU die freiwillige Rückkehr, die in Rheinland-Pfalz gut genutzt wird, finanziell.

Auch was die Frage 3 hinsichtlich der weiteren Auswirkungen der Beschlüsse auf RLP betrifft, bleibt abzuwarten, wie die Debatte auf EU-Ebene weitergeht und welche konkreten Maßnahmen beschlossen werden. Es bestehen große Herausforderungen im Bereich der Migration und Rückkehr, die europäisch anzugehen sind. Die Landesregierung setzt sich diesbezüglich für die Förderung eines kooperativen und kohärenten EU-Ansatzes im Bereich der Migration und Rückkehr ein.

Für eine abschließende Einschätzung der konkreten Auswirkungen der Gipfel-Ergebnisse auf Rheinland-Pfalz ist es derzeit noch zu früh. Die Landesregierung wird weiterhin die Entwicklungen in der gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik intensiv beobachten und begleiten.

Vielen Dank!